

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Neue Militäraktionen

Zahlreiche militärische Aktionen forderten auch in den letzten zwei Monaten zahlreiche Opfer. Am 10. Juni begann die Armee mit einer großangelegten Operation (Codename 'Ranagosa IV') im Vanni und Teilen Jaffnas, bei der sie letztlich fast 400 Quadratkilometer in ihre Kontrolle brachte. Die Front der Armee bewegte sich aus dem Gebiet westlich von Madhu entlang der Verbindungsstraße von Mannar und Jaffna. Um die immer mehr von Attacken der LTTE destabilisierte Lage unter Kontrolle zu bringen, wagte die Armee auf der Halbinsel einige Vorstöße, in deren Folge die Gebiete um Pooneryn besetzt wurden. Dem Fortschritt der Armee waren dichte Bombardierungen aus der Luft vorausgegangen. Ebenfalls Mitte Juni verlor die LTTE eines ihrer Basiscamps 'Rahulan' im Vanni. 'Ranagosa IV' endete im Juni mit schweren Verlusten bei direkten Konfrontationen zwischen Armee und LTTE im Gebiet um Pappamoddai und Nayaru. Die Zahlen der Opfer wurden in Verlautbarungen von beiden Seiten widersprüchlich dargestellt. Armeesprecher sprachen von mehr als 250 getöteten LTTE-Kadern und 16 Soldaten, die 'Tamil Tigers' reklamierte ihrerseits, daß mehr als 100 Soldaten der Auseinandersetzung zum Opfer fielen, während sie selbst nur 84 Kader verloren hätten.

Zivilleben in Nord und Ost

In Jaffna wurde erneut ein Mitarbeiter der lokalen Verwaltung, der 32jährige Thiagarajah Rajkumar, gemeinsam mit seinem Cousin Opfer eines Attentats. Alles deutet auf eine Täterschaft aus Reihen der LTTE hin, die damit ihre Kampagne zur Vernichtung aller Bemühungen um eine Zivilregierung im Norden fortsetzt. Bisher wurden zehn Mitglieder der 1998 gewählten örtlichen Regierung umgebracht, unter ihnen zwei Bürgermeister von Jaffna.

Immer wieder werden von der Armee willkürlich Personen in Jaffna verhaftet und in Armeelager gebracht. Zwei Männer starben bei einem Schußwechsel vor dem 'Teaching Hospital' in Jaffna.

Umringt durch neue Kampfhandlungen leben nach wie vor mehrere Hunderttausend Menschen im Vanni-Gebiet. Die letzten Wochen brachten einen starken Anstieg von Cholera-Erkrankungen besonders in der Region um Kilinochchi

und Mannar. In einem der wenigen geöffneten Krankenhäuser innerhalb der von der LTTE kontrollierten Gebiete, dem Krankenhaus von Mallavi, werden pro Monat allein 90.000 bis 100.000 Patienten ambulant behandelt.

In Vavuniya leben weiterhin ca. 21.000 Personen in 15 Flüchtlingslagern. Die hygienischen Verhältnisse sind in den meisten Fällen katastrophal, die Überfüllung der Lager sorgt für Engpässe bei der Lebensmittelversorgung. Entgegen der gewalttätigen Auseinandersetzungen der vergangenen Monate, hat sich die Konfrontation zwischen den beiden rivalisierenden militanten Gruppen TELO und PLOTE etwas entspannt.

Im Osten der Insel gewinnt die LTTE deutlich an Einfluß. In zahllosen Konfrontationen fast überall in der Ostprovinz kamen mehrere Menschen zu Tode. Die Armee antwortet auf Provokationen durch die LTTE mit Schikanen für die lokale Zivilbevölkerung.

Die LTTE hat mit Drohungen dafür gesorgt, daß die für die Ostprovinz gewählten tamilischen und muslimischen Parlamentsmitglieder ihre Wahlbezirke aus Furcht verlassen haben.

Selbstmordanschläge fordern Opfer

Neben dem tragischen Anschlag auf den Anwalt und Menschenrechtler Neelan Thiruchelvam (siehe Kasten unten) gab es einen weiteren Sprengstoffanschlag. Mindestens 14 Personen starben bei einer Explosion, die einen Lastwagen nahe von Vavuniya zerstörte. Der Sprengsatz - an einem Fahrrad befestigt - war ferngesteuert gezündet worden.

Verteidigungsminister Ratwatte hat aufgrund dieser Anschläge das Parlament aufgefordert, die Notstandsregelungen im Land für einen weiteren Monat zu verlängern.

Aussichten zur Konfliktlösung

Die Aussichten auf eine Verhandlungslösung sind weiterhin minimal. Entgegen der Beteuerungen von Präsidentin Kumaratunga, daß die von der Regierung gemachten Vorschläge für eine Dezentralisierung der Macht im Lande ('Devolution package') noch im August dem Parlament vorgelegt würden, glaubt auf politischer Ebene derzeit niemand daran. Der Regierungsvorschlag wird nun schon seit Oktober 1997 in einem außerparlamentarischen

Gremium diskutiert. Um den Reformvorschlag zu verwirklichen, benötigt die Regierung vor allen Dingen dringend die Zustimmung aus der Opposition.

Sowohl die regierende 'Peoples Alliance' (PA) wie auch die oppositionelle 'United National Party' (UNP) werden von internen Streitereien geschüttelt. Deshalb ist an einen gemeinsamen überparteilichen Ansatz zur Lösung des Konflikts nicht zu denken. Die Regierungspartei hat zudem mit schwindendem Ansehen in der Bevölkerung zu kämpfen, auch die immer wieder angekündigten, aber nach wie vor nicht vollzogenen, Kabinettsumbildungen werden das Blatt für die PA nicht zum Besseren wenden können.

Beseitigung von Landminen

Nach fast 18monatigen Querelen um den Beginn eines Projekts der UNDP ('United Nations Development Program') zur Beseitigung von Landminen im Norden Sri Lankas, ist jetzt offensichtlich ein Durchbruch gelungen. Anfang Juli trafen Suchhunde ein, der Beginn der Such- und Räumungsarbeiten war am 3. August auf einem Gelände in der Nähe der Universität von Jaffna. Gegenwärtig werden auf der Halbinsel Jaffna monatlich mindestens zehn Menschen Opfer von Minen. Die Räumung ist außerdem dringend notwendig, um große Landflächen wieder für Ackerbau und Besiedlung frei zu machen.

Das von den Niederlanden und Australien geförderte Projekt war aufgrund von Sicherheitsbedenken der Regierung immer wieder hinausgezögert worden. Insbesondere wollte das Verteidigungsministerium mit allen Mitteln verhindern, daß Tamilen Kartenmaterial und andere Informationen über die Geographie in den nördlichen Landesteilen erhalten. Diese Daten, so die Argumentation des Ministeriums, könnten in die Hände der LTTE gelangen.

Aufgrund logistischer Probleme werden zunächst nur zwei Teams eingesetzt, um eine Gesamtfläche von etwa 100 bis 120 Quadratkilometern abzusuchen, auf der Minen vermutet werden. Das Projekt wird von einem afrikanischen Team durchgeführt und kostet über sieben Millionen Mark.

Verbindungsweg in den Norden frei?

In einer für die Konfliktsituation des

Landes ungewöhnlichen Einigung zwischen Regierung und LTTE wurde am 9. August die Öffnung eines neutralen Korridors im umkämpften Vanni-Gebiet in Nord-Sri Lanka bekanntgegeben. Der Verbindungsweg soll es ermöglichen, daß wichtige Versorgungsgüter und Medikamente wieder in die von der LTTE kontrollierten Gebiete dieser Region gelangen. Bereits am Tag der Ankündigung wurden etwa 400 Tamilen, die seit Wochen in weiter südlich gelegenen Landesteilen gestrandet waren, mit Hilfe des 'Internationalen Roten Kreuz' (ICRC) zurückerkört. Sie sind nur Teil einer etwa 2.000 Personen umfassenden Gruppe, die seit Ende Juni auf einen Transport wartet, nachdem neue militärische Auseinandersetzungen den alten Verbindungsweg unpassierbar gemacht hatten. Damit war auch der Transport aller Hilfsgüter über diese Straße, die früher einmal Kandy mit Jaffna verband, blockiert. Am letzten Wochenende waren von beiden Seiten Minenräumaktionen zur Sicherung der neutralen Passierzone vorgenommen worden, bei denen sich Armee und LTTE auch kurz trafen.

Noch während der zweiten Augustwoche ist geplant, 60 Tonnen Mehl und 40 Tonnen Zucker in die Vanni-Gebiete zu schicken. Auch weitere Zivilisten und ausländische Hilfskräfte sollen in diese Region reisen, in der mehrere Hunderttausend Menschen - ein großer Teil als Flüchtlinge - leben. Die Öffnung der Straße - der Übergang von "LTTE-Land" in "Regierungsland" liegt in der Nähe der Ortschaft Mankulam - erschien noch Ende Juli als praktisch unmöglich und es bahnte sich für diese Menschen eine Hungerkatastrophe an, da beide Seiten sich nicht auf eine Absprache einigen konnten. Gegenseitig warf man sich vor, die geplante neutrale Durchgangszone für eigene militärische Vorteile nutzen zu wollen.

Flüchtlinge nicht abschieben!

Menschenrechtsanwälte in Sri Lanka haben wegen der wachsenden Zahl von Tamilen, die vor allen aus europäischen Staaten abgeschoben werden, Bedenken geäußert. Die Niederlande, Norwegen, Frankreich, Deutschland und die Schweiz haben sich in jüngster Zeit durch besonders zahlreiche Ausweisungen von tamilischen Flüchtlingen hervorgerufen. Die Grenz- und Einwanderungsbehörden mißtrauen den Rückkehrern und setzen sie zahlreichen Verdächtigungen aus was nicht selten zu Verhaftungen führt. Daneben gibt es für Rückkehrer zahlreiche weitere Probleme, vor allem bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche.

Ein britisches Gericht hat am 23. Juli

entschieden, daß Großbritannien vorerst keine politischen Flüchtlinge nach Frankreich oder Deutschland zurückschicken darf, da in diesen beiden Ländern kein ausreichender Abschiebeschutz gewährleistet sei. Zahlreiche Tamilen waren in jüngster Zeit nach England gekommen, nachdem ihr Asylgesuch in Deutschland und Frankreich abgelehnt worden war und sie mit einer Ausweisung nach Sri Lanka rechnen mußten. In mehreren Fällen hat London inzwischen neue Verfahren von Asylbewerbern eröffnet, die bereits in anderen europäischen Ländern abgelehnt worden waren.

Demonstration gewalttätig gestoppt

Die größte Oppositionspartei des Landes, die 'United National Party' (UNP) hat in scharfer Form gegen das gewalttätige Verhalten von Sicherheitskräften bei einer Demonstration in Colombo protestiert. Der Parteivorsitzende der UNP, Ranil Wickremasinghe, sprach von "organisiertem Terror", der nach Augenzeugen durch Angehörige der Spezial-Sicherheitseinheit zum Schutz von Präsidentin Kumaratunga ausgeübt wurde. Die Polizei hatte am 15. Juli mit Schlagstöcken und Tränengas eine Demonstration der UNP beendet, hierbei wurden etwa 30 Personen zum Teil schwer verletzt. Zu den Opfern gehörten auch zahlreiche Journalisten. Als sich der Demonstrationszug dem Präsidentenpalast näherte, griffen auch Personen in Zivilkleidung die Demonstranten an, ohne von der anwesenden Polizei oder den Soldaten daran gehindert zu werden. Zahlreiche Personen und Fahrzeug-Kennzeichen wurden von Augenzeugen mit der Spezialeinheit der Präsidentin in Verbindung gebracht.

Der Protest richtete sich gegen die Tatsache, daß zahlreiche Wahlversprechen von Kumaratunga seit ihrer Machtübernahme 1994 nicht eingehalten worden seien. Dazu gehört auch die Abschaffung des exekutiven Präsidentenamtes, das bis heute weiter besteht.

Nach den Gewalttätigkeiten sprachen zahlreiche Medien von einer neuen Bedrohung für die Demokratie im Land. Viele sehen in der Tatsache, daß auch Journalisten angegriffen wurden, neue Gefahren für die Freiheit der Medien in Sri Lanka. Die Polizei meldete dagegen nur eine "nicht genehmigte" Demonstration, die mit Gewaltanwendung aufgelöst werden mußte.

Eine Woche nach den Zwischenfällen zogen etwa 300 Journalisten durch die Straßen der Hauptstadt und gelangten schließlich ebenfalls in die Nähe des Präsidentenpalastes um gegen die Gewalt der Sicherheitskräfte zu protestieren. Die Behörden hatten wiederum ein

massives Polizeiaufgebot bereitgestellt und ganze Straßenzüge in der Nachbarschaft abgeriegelt. Das 'Free Media Movement' meldete, daß insgesamt zwölf Journalisten in der Vorwoche mißhandelt worden seien.

Keine Einladung für Dalai Lama

Obwohl mehrere einflußreiche buddhistische Organisationen die Regierung aufgefordert hatten, den im Exil lebenden tibetanischen Dalai Lama zu einem Besuch einzuladen, hat sich Colombo auf Grund von deutlichem diplomatischen Druck durch China gegen einen Besuch des geistlichen Führers ausgesprochen.

Wie der stellvertretende Außenminister, Lakshman Kiriella in einer Pressemitteilung verlauten ließ, wolle man die guten Beziehungen zu China nicht auf die Probe stellen. Der chinesische Botschafter in Sri Lanka, Zhang Yun, hatte zuvor Kiriella seine Bedenken gegenüber einem Besuch des Dalai Lama ausgedrückt. Der Minister betonte auch, daß Sri Lanka ein Unterstützer der 'one China' Politik sei.

Geringere Militärausgaben geplant

Für dieses Jahr versucht die srilankische Regierung die in den letzten drei Jahren explosionsartig gestiegenen Ausgaben für den Militärhaushalt einzudämmen. Gegenüber 1998 soll der Anteil der Verteidigungsausgaben von 19,7 Prozent auf 18 Prozent des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) gesenkt werden. Der Verteidigungshaushalt war im letzten Jahr um fast 28 Prozent gestiegen, er betrug damit umgerechnet 1,5 Milliarden Mark. Für 1999 hofft das Finanzministerium mit 1,25 Milliarden DM auszukommen.

Provinratswahlen im Süden

Am 10. Juni waren in der Südprovinz insgesamt 1,5 Millionen Menschen zum Urnengang für einen neuen Provinzrat aufgerufen. In insgesamt drei Distrikten (Galle, Matara und Hambantota) standen 62 Kandidaten für 53 Ratssitze zur Wahl. Insgesamt gab es mehr als 1.300 Wahllokale.

Wahlbedingte Gewalttätigkeiten gab es bei dieser Wahl, im Gegensatz zu vielen anderen Provinzwahlen in jüngster Vergangenheit, kaum. Das Komitee zur Überwachung von Gewalttaten registrierte insgesamt 109 Beschwerden. Unmittelbar vor dem Wahltag waren vereinzelte Übergriffe auf Büros, Häuser und Fahrzeuge von Unterstützern der UNP und JVP gemeldet worden. Der Einsatz von speziellen Polizeieinheiten hielt diese Vorfälle aber in Grenzen. In

Tangalle wurde das Haus des JVP-Kandidaten Vijitha Ranaweera von einer Gruppe unbekannter Männer mit einer Brandbombe attackiert. Das Haus eines zweiten JVP-Kandidaten wurde beschossen.

Der amtierende Minister Richard Pathirana zog sich öffentliche Kritik zu, nachdem er versucht hatte, drei Unterstützer der PA, die beschuldigt wurden, Wahlfälschungen betrieben zu haben, aus der Haft zu befreien. Sein Ministerkollege Fernandopulle wurde dabei erwischt, als er in Deniyaya versuchte, die Versiegelungen der Wahlurnen zu manipulieren.

Für die 'Peoples Alliance' wurde die jüngste Wahl zu einer herben Enttäuschung. Sie erzielte nur noch 27 Sitze, gegenüber 21 Sitzen für die UNP und sieben Sitzen für die JVP.

Streik der Ärzte beendet

Tausende von Ärzten beendeten am 1. Juli einen 17tägigen Streik, nachdem ihnen Präsidentin Chandrika Kumaratunga weitgehende Zugeständnisse ihren Forderungen gemacht hatte. Es ging den Medizinern um die Aufhebung eines Plans, der den Provinzregierungen größeren politischen Einfluß auf die Gesundheitspolitik gegeben hätte. Gegenwärtig werden alle wichtigen Entscheidungen hierüber zentral in Colombo ge-

troffen. Die Ärzte befürchteten bei einer Regionalisierung unfaire Behandlung und Bevorzugung von einzelnen Medizinern.

Am medizinischen Ausstand beteiligten sich insgesamt 4.500 Ärzte in Hunderten von Krankenhäusern. Der Streik führte nach Angabe von lokalen Quellen zu mindestens drei Todesopfern. Darunter befindet sich auch ein dreijähriges Mädchen, daß aufgrund von mangelhafter medizinischer Hilfe verstarb. Ambulante Behandlungen fanden praktisch nicht mehr statt. Die Regierung hatte zwischenzeitlich die medizinischen Dienste zum Bestandteil der Notstandsgesetzgebung gemacht und damit jeden streikenden Mediziner in die Gefahr einer sofortigen Kündigung gebracht.

Der Ärztestreik führte aber auch zu Unmut in der Bevölkerung. Häuser von Ärzten wurden mit Steinen attackiert, private Fahrzeuge von Ärzten in Brand gesetzt.

Neue Öltanks fertiggestellt

Fast vier Jahre nach Anschlägen auf zwei Erdöl-Tanklager durch mutmaßliche Angehörige der LTTE in der Nähe von Colombo, hat jetzt eine chinesische Firma die ersten zwei neuen Tanks übergeben. Das Wiederaufbauprojekt umfaßt insgesamt 15 neue Großtanks an drei verschiedenen Standorten. Die Sprengstoffanschläge von 1995 zerstör-

ten insgesamt 16 Lagertanks. Gegenwärtig wird der Bau einer vierten Lagerstätte in Muthurajawela, ebenfalls nahe Colombo, vorbereitet. Der Verbrauch von Mineralölprodukten steigt nur langsam. Lediglich Dieselkraftstoff zeigt Steigerungsraten von jährlich etwa sieben Prozent.

Abschied von 'Air Lanka'

Mit der Ankunft zahlreicher neuer Flugzeuge (für dieses Jahr wurden insgesamt zehn Airbus-Maschinen unterschiedlichen Typs geordert) gab 'Air Lanka' Mitte Juli den Beginn einer großen Umstrukturierung bekannt, der die Fluggesellschaft bis zum Jahr 2003 aus den roten Zahlen bringen soll. Mit der Vorstellung des neuen Programms gab die Firma auch ihren neuen Namen 'Srilankan Airlines' und ihr neues Logo, einen fliegenden Pfau, bekannt. Nachdem 40 Prozent der Firmenanteile im vergangenen Jahr an die arabische 'Emirates Airlines' verkauft worden waren, kündigte die Gesellschaft ein Investitionsprogramm in Höhe von einer Milliarde US-Dollar an. Die noch in diesem Jahr zur Verfügung stehenden neuen Flugzeuge ersetzen vier altersschwache Lockheed 'TriStar' Maschinen.

Einer neuer Flugplan, der im Oktober in Kraft tritt, enthält als neue Destinationen Beirut, Sydney und Stockholm.

Ende einer Friedenshoffnung - zum Tod von Neelan Thiruchelvam

Er war auf dem Weg nach Hause als der Selbstmordattentäter zuschlug. Für den auch über die Grenzen des Landes hinaus bekannten Rechtsanwalt, Menschenrechtler und Berater von Präsidentin Chandrika Kumaratunga gab es keine Überlebenschance, als sich am 29. Juli ein Mann direkt neben sein Auto stellte und eine Sprengladung zündete. Die Wucht der Explosion zerstörte das Auto weitgehend, weitere sieben Personen wurden verletzt.

Mit Thiruchelvam, Abgeordneter und führender Vertreter der 'Tamil United Liberation Front' (TULF) verlor Sri Lanka einen der wenigen moderaten politischen Kräfte, die das Land aus dem Teufelskreis der Gewalt herausbringen könnten. Selbst zur tamilischen Volksgruppe gehörig, hatte er einen großen Teil seiner Energie zur Verständigung und Versöhnung zwischen Sinhalesen und Tamilen aufgebracht. Nach der Machtergreifung der 'Peoples Alliance' (PA) im Jahre 1994 war Thiruchelvam einer der führenden Kräfte bei der Erarbeitung des 'Devolution Package' gewesen. Als Mitglied der TULF, einer mit der Regierung sympathisierenden tamilischen Partei, war er jedoch auch gleichzeitig stets im Fadenkreuz der LTTE, die der TULF Verrat an den Interessen der Tamilen vorwirft.

Viele neue Ideen zu Fragen der politischen Machtausübung in den Provinzen und zu volksgruppenübergreifenden Themen stammen aus Thiruchelvams Feder.

Was die Ermordung umso schmerzlicher macht ist die Tatsache, daß in der derzeitigen aussichtslosen Bürgerkriegssituation Sri Lankas Menschen mit politischer Weitsicht, und so muß Thiruchelvam wohl charakterisiert werden, kaum noch zu finden sind. Die praktizierte Strategie, vermittelnde und gemäßigte Stimmen zum Schweigen zu bringen, scheint tatsächlich aufzugehen. Thiruchelvam ist nur das jüngste Opfer einer langen Serie von Ermordungen.

Die Tat wurde international einhellig verurteilt. UN-Generalsekretär Kofi Annan, Bill Clinton und andere übermittelten Beileidsnoten. Die Bestattung Thiruchelvam's fand in Colombo unter großer Anteilnahme der Bevölkerung statt. Thiruchelvam hinterläßt seine Frau und zwei erwachsene Söhne.

Michael Mertsch